Thesenpapier DER LIBERTÄREN

LEITBILD:

Ausgangspunkt der Philosophie DER LIBERTÄREN ist das mit natürlichen Rechten ausgestattete INDIVIDUUM. Oberste Priorität hat das natürliche Recht auf FREIHEIT. Darunter verstehen wir die Freiheit von jeglichem Zwang (negative Freiheit). DIE LIBERTÄREN lehnen die Herrschaft von Menschen über Menschen ab. Es gilt das NICHTAGGRESSIONSPRINZIP. Dieses ist die Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Jedes Individuum hat das Recht auf Abwesenheit von Aggression gegenüber seinem Leib und Leben, seinem gewaltfrei erworbenen Eigentum und den darauf basierenden Verfügungsrechten. Die Freiheit eines einzelnen Individuums endet dort, wo die Freiheit eines anderen eingeschränkt wird.

GRUNDTHESE:

Der STAAT steht im Widerspruch zur Freiheit des Individuums und zum Nichtaggressionsprinzip. Er muss im ersten Schritt bis auf ein Maß abgebaut werden, das lediglich zum Schutz von Leib und Leben, zur Sicherung des Eigentums und der Verfügungsrechte sowie zur Abwehr von Gewalt Dritter notwendig ist.

UNSER WEG:

DIE LIBERTÄREN stehen für den Rückbau der zentralistischen, ineffizienten, ineffektiven, freiheitsfeindlichen und unsozialen Planwirtschaft. Ziel ist eine natürliche, auf freiem Wettbewerb, freier Interaktion und Kooperation der Menschen basierende und deshalb aus sich heraus soziale, friedliche, dezentrale Wirtschaftsordnung. Auf Bundesebene entsteht ein MINIMALSTAAT, der die Koordinierung gemeinsamer Interessen der DEUTSCHEN LÄNDER übernimmt, die das SEZESSIONSRECHT besitzen.

FOLGE:

Durch den Rückzug staatlichen Handelns entsteht ein Markt, der das bisherige Wirken des Staates vollständig ersetzen wird. Der Wettbewerb auf Grundlage des Privateigentums und der uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Akteure des freien Marktes wird allen individuellen Bedürfnissen der Menschen gerecht.

ERSTE MASSNAHMEN:

- Einleitung einer Steuerreform, die die Abschaffung aller Neid- und Erziehungssteuern beinhaltet.
- Gleichzeitige Beseitigung aller Subventionen des Staates.
- Beendigung der Monopole des Staates in den Bereichen Sozialversicherungen, Geld und Währung, Justiz und Sicherheit.
- Beendigung aller Interventionen des Staates in die Wirtschaft, wie staatlicher Patentschutz, staatliche Zertifikate, Regulierungen, Verbote sowie staatliche Aufträge und Beteiligungen.
- Beseitigung der Verflechtung zwischen Staat und Kirche (z. B. Beendigung des staatlichen Einzugs der Kirchensteuer) sowie zwischen Staat und Medien (z. B. Aufhebung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags).
- Auflösung bzw. Zusammenlegung aller Ministerien, Anstalten, Behörden und Ämter, die durch diese Maßnahmen ihre bisherige Funktion verlieren.

- Die Aufgaben des Staates werden in den Ministerien: Bundeskanzleramt, Außenministerium sowie Ministerium für innere und äußere Sicherheit verteilt, weitere Ministerien werden aufgelöst.
- Verkauf bundeseigener Güter (z. B. Autobahnen, Bundesstraßen, Unternehmensbeteiligungen, Grundstücke, Gebäude, Wälder, Seen, Lizenzen usw.), um den Übergang finanziell abzusichern.

Diese ersten Maßnahmen sind notwendig, um den Weg in eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu ermöglichen, die die Basis für Frieden, Wohlstand und Freiheit ist.

EINZELPOSITIONEN UND FREIHEITLICHE LÖSUNGEN ZU AKTUELLEN THEMEN:

Thema	Position	Maßnahmen
Asyl und Migration	Die Ursache für die Dysfunktionalität des Flüchtlings- bzw. Einwanderungssystems ist die bewusste Herbeiführung einer Masseneinwanderung durch die ideologisierte Setzung von Fehlanreizen durch die aktuelle und vergangenen Regierungen. Eine wesentliche Folge ist eine zwanghafte Beeinflussung des Lebens der einheimischen Bevölkerung und eine Verschärfung der Sicherheitslage in der Öffentlichkeit.	• Streichung der steuerfinanzierten Geld- und Sachzuwendungen an Flüchtlinge und Migranten. • Bearbeitung von Asylanträgen außerhalb Deutschlands und Abweisung von mittellosen Migranten direkt an der Grenze. • Konsequente Ausweisung von illegalen Einwanderern und ausländischen Kriminellen. • Schließung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.
Steuern und Abgaben/ Subventionen und staatliche Transferleistungen	Niemand hat das Recht auf Kosten anderer zu leben. Das staatliche Umverteilungssystem ist ungerecht, unsozial, ineffizient und ineffektiv. Es benachteiligt zur Leistung willige und fähige Teile des Volkes und schafft Fehlanreize zum Untätigsein und Ausnutzen von staatlichen Leistungen. Die Durchsetzung der Regelungen und Kontrolle der Gesetzesverstöße bindet einen immensen Teil der produktiven und kreativen Kräfte der Volkswirtschaft.	• Erste Steuerreform zur Reduktion des Systems auf nur eine Steuer (Lohn- oder Konsumsteuer), diese Steuer dient zur Absicherung der Grundaufgaben des Staates und der Zinszahlungen. • Gleichzeitige Abschaffung von Interventionen, Subventionen und staatlichen Transferleistungen.
Medien / Meinungsfreiheit / ÖRR	Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Vielfalt der Medien sind zentrale und unverzichtbare Bestandteile einer freien Gesellschaft. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) als staatlich geförderte Institution steht im Widerspruch zu diesen Prinzipien durch seine Finanzierung und Struktur, die eine unabhängige Meinungsbildung behindern.	• Abschaffung der Rundfunkgebühren: Beendigung der Rundfunkgebühren und somit die Finanzierung des ÖRR nicht mehr über Steuermittel. • Privatisierung oder werbefinanzierte Umwandlung des ÖRR: Umwandlung des ÖRR in privatisierte Einrichtungen oder in rein werbefinanzierte Modelle, um eine Marktordnung zu schaffen, die durch fairen Wettbewerb und nicht durch staatliche Förderung geprägt ist.

		• Deregulierung des Medienmarktes: Beseitigung von Regulierungen, die den Medienmarkt einengen, um den Eintritt neuer Anbieter zu ermöglichen, die Innovationskraft zu steigern und eine größere Vielfalt an Meinungen zu fördern. • Aufhebung aller Gesetze zur Beschränkung der Meinungsfreiheit: Entfernung jeglicher gesetzlicher Beschränkungen, die die Meinungs- und Redefreiheit einschränken, um ein Umfeld zu schaffen, in dem jede Meinung ohne Angst vor Zensur oder Bestrafung geäußert werden kann.
Innere Sicherheit	Die innere Sicherheit, der Schutz von Leib und Leben der Menschen, die Sicherung der Eigentums- und Verfügungsrechte und der Schutz vor der Gewalt Dritter auf Staatsebene ist vermehrt ineffektiv und birgt die Gefahr des Missbrauchs durch politische Akteure. Staatliches Handeln hindert den Menschen daran, seinem Naturrecht auf Selbstverteidigung nachzugehen.	• Subsidiäre Sicherheitsstrukturen: Organisation von staatlichen Sicherheitsorganen und Katastrophenschutz auf Landes- und Kommunalebene, die mit privaten Bürgerwehren, Milizen und Sicherheitsdienstleistern kooperieren. • Bundesweite Koordination: Kooperation von Sicherheitsorganen auf Bundesebene zur Sicherstellung einer effektiven und abgestimmten Sicherheitsstrategie. • Liberalisierung des Waffenrechts: Erleichterung des Zugangs zu Waffen für nicht straffällig gewordene Bürger zur Selbstverteidigung.
Klima und Energie	Die von der momentanen deutschen Regierung und von Institutionen auf europäischer und globaler Ebene geforderte und vorangetriebene „Energiewende“ beruht auf der These des von der Wissenschaft nicht begründbaren sogenannten „menschengemachten Klimawandels“. Ein Zusammenhang zwischen Erderwärmung und der Kohlendioxid-Emission der Industriegesellschaft ist nicht nachweisbar. Folge der ideologisierten Klimapolitik ist ein Einschnitt in die persönliche Freiheit und der exorbitante Anstieg der Energiepreise in Deutschland.	• Rückabwicklung der „grünen Transformation“: Beseitigung aller „Klimagesetze“, wie z.B. das „Heizungsgesetz“ oder die Regelungen zum CO2- Zertifikate-Handel. • Ausstieg aus internationalen Klimaabkommen (Pariser Abkommen u.ä.) • Widerherstellung eines freien Energiemarktes. • Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen, da diese die Energieversorgung Deutschlands gefährden.

		• Schließung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.
Sozialversicherungen **- Rente** **- Gesundheit** **- Arbeitslosigkeit**	Die staatlichen (gesetzlichen) Sozialversicherungen sind, da sie Zwangsumverteilungssysteme sind, Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht des Menschen. Die Ausgestaltung dieser Systeme unterliegt nicht wirtschaftlichen Erfordernissen, sondern vermehrt ideologisch motivierten Vorgaben, um aus politischen Gründen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu bevorteilen. Die Folge ist eine ineffiziente Bürokratie zur Durchsetzung und Kontrolle kompliziertester Umverteilungsprozesse. Der ursprüngliche Zweck der Sozialversicherungen wird dadurch weitgehend verfehlt.	• Aufhebung des staatlichen Monopols bei den Sozialversicherungen und Einführung eines freien Wettbewerbs der Versicherungen. • Völlige Vertragsfreiheit bei der Wahl der Sozialversicherungen. • Verwendung von Mitteln aus dem Verkauf von Bundeseigentum und Bundesbeteiligungen, um den Übergang finanziell abzusichern. • Schließung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Gesundheit. • Beendigung der 5 Zweige des Sozialversicherungssystems (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung).
Währung / Geld / Finanzsystem	Das staatliche / europäische / internationale Finanzsystem dient vermehrt den politischen Interessen von Regierungen einzelner Staaten und supranationaler Staatenbündnisse (EU). Die inflationäre Währungspolitik der Zentralbanken stellt eine permanente Enteignung insbesondere unterer und mittlerer Bevölkerungsschichten dar und verursacht Krisen globalen Ausmaßes. Wir lehnen die Einführung von CBDCs ab. Dieses neue System wäre nur eine Fortführung des dysfunktionalen Fiat-Geld-Währungssystems.	• Aufhebung des staatlichen Geldmonopols. • Schaffung eines freien Währungswettbewerbs in Deutschland. • Trennung von Bundesbank und Staat. • Schließung des Finanzministeriums und seiner Untergliederungen, wie der BaFin. • Freies Bankenwesen.
Außenpolitk / Militärbündnisse/ Wehrpflicht	Die Außenpolitik eines Landes hat sich ausschließlich dem Sicherheitsbedürfnis des eigenen Volkes zu beugen. Die aktuelle Politik verfolgt die Verteidigung von ideologisch verfremdeten Werten und unterliegt Zwängen, die sich aus internationalen Bündnissen ergeben. Dieses Vorgehen trägt nicht zur Sicherheit des Landes bei und führt zur Eskalation von internationalen Konflikten. Die Wehrpflicht, Pflicht zum Zivildienst u.ä. sind Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht des Menschen.	• Beendigung der aktiven und passiven Beteiligung an internationalen Konflikten. • Keine Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung an Kriegsparteien. • Keine Sanktionen gegen eine Kriegspartei. • Strikte Neutralität, gepaart mit Bemühungen um friedliche Beilegung eines Konfliktes. • Wehrpflicht, Zivildienst und gleichartige verpflichtende

		Staatsdienste werden abgeschafft.

Wirtschaft, Unternehmertum und Arbeitsmarkt	Der freie Markt ist der beste Garant für Wohlstand, Effizienz und Fortschritt der Menschen. Staatliche Interventionen in die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt führen zu Marktverzerrungen, benachteiligen oder bevorzugen Marktteilnehmer ungerechtfertigt und schaffen Anreize für Monopole, Überkonsum, Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung. Ein freier Arbeitsmarkt ohne staatliche Regulierung fördert die Flexibilität, erhöht die Nachfrage nach Arbeitskräften und ermöglicht eine gerechtere Verteilung von Einkommen basierend auf Angebot und Nachfrage.	• Beendigung staatlicher Subventionen: Verbot des Eingriffs in die Wirtschaft durch die Vergabe von Aufträgen und Beteiligungen im In- und Ausland.
		• Deregulierung des Arbeitsmarkts:
		  ○ Aufhebung staatlicher Gesetze, die die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einschränken, einschließlich des Mindestlohns, um die Flexibilität am Arbeitsmarkt zu erhöhen und die Nachfrage nach Arbeitskräften zu stimulieren.
		  ○ Keine einseitigen Rechte zur Vertragsaufkündigung, wie sie in Streiks zum Ausdruck kommen; Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollen auf freiwilliger Basis und ohne staatliche Einmischung stattfinden.
		• Aufhebung wirtschaftlicher Regulierungen: Beendigung aller die Wirtschaft betreffenden Regulierungen und Verbote, insbesondere in den Bereichen Bau- und Landwirtschaft, um den Markteintritt zu erleichtern und Innovation zu fördern.
		• Abschaffung von Zwangsmitgliedschaften und -abgaben: Beseitigung von Pflichtbeiträgen zu Kammern oder Berufsgenossenschaften, um die wirtschaftliche Freiheit der Unternehmen zu erhöhen.
		• Schließung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Bildung und Erziehung	Bildung und Erziehung sind Privatsache und somit Aufgabe der Eltern innerhalb der Familie. Die staatlichen Eingriffe in die Erziehung verletzen diesen intimsten Bereich der Familie und lösen eine Tendenz zu Gleichmacherei, finanzieller und materieller Unterversorgung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, einseitiger politischer Beeinflussung der Kinder und eine Benachteiligung unterer Einkommensschichten aus.	• Aufhebung des staatlichen Bildungsmonopols. • Aufhebung der Schulpflicht. • Freier Bildungsmarkt zwischen Privatschulen, Privatuniversitäten, Elterngenossenschaften, kommunalen Betreuungseinrichtungen. • Schließung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
Politische Parteien und Vereine	Politische Parteien und Vereine sind zur freien Willens- und Meinungsbildung ungeeignet und fördern durch eine Negativauslese das Eindringen von Menschen mit einem Hang zum Herrschen und Vorteilnehmen in die Politik und Gesellschaft.	• Abschaffung der Parteienfinanzierung. • Abschaffung von Politikerdiäten.
Kunst / Kultur / Wissenschaft / Religion	Kunst, Kultur, Wissenschaft und Religion sind Ausdrucksformen menschlicher Freiheit und sollten frei von staatlichem Einfluss agieren können. Der Staat hat hier keine legitimierende Funktion und behindert durch seine Interventionen oft die natürliche Entfaltung dieser Bereiche.	• Privatisierung der Kultur: Kunst und Kultur sollen durch private Förderung, Mäzenatentum und Crowdfunding finanziert werden. Staatliche Zuschüsse und Regulierungen werden abgeschafft, um ein vielfältigeres und freieres kulturelles Angebot zu ermöglichen. • Freie Wissenschaft: Wissenschaftliche Forschung wird durch private Investitionen, Stiftungen und Crowdfunding unterstützt. Die Freiheit der Wissenschaft von politischen Vorgaben sichert Innovation und Wahrheitssuche abseits von staatlicher Ideologie. • Trennung von Kirche und Staat: Vollständige Trennung von kirchlichen Institutionen und staatlichen Strukturen, einschließlich der Beendigung des Einzugs der Kirchensteuer durch den Staat. Religion ist eine private Angelegenheit, finanziert durch freiwillige Beiträge der Gläubigen. • Deregulierung: Aufhebung aller staatlichen Regulierungen, die den freien Ausdruck in Kunst, Kultur und Wissenschaft einschränken, einschließlich Zensurgesetzen. Meinungsfreiheit ist essenziell

		für die kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung.
Sezessionsrecht und Autonome Gebiete	Die Freiheit zur Trennung und Selbstbestimmung ist eine natürliche Erweiterung individueller Freiheit. Ein Sezessionsrecht erlaubt es Regionen, sich vom Zentralstaat zu lösen, und bietet darüber hinaus die Möglichkeit zur Schaffung von autonomen Gebieten oder Privatstädten innerhalb des Staatsgebietes, die nach eigenen Regeln und Gesetzen funktionieren. Dies spiegelt das Prinzip der Selbstbestimmung wider und ermöglicht innovative Modelle des Zusammenlebens und Wirtschaftens.	• Nichtanwendung der Ewigkeitsklausel (Artikel 79 Absatz 3 GG)) auf eine grundlegende Reform des Föderalismus. Aufhebung der Regelungen zum Länderfinanzausgleich. • Recht auf Sezession und Autonomie: Einführung eines verfassungsmäßigen Rechts auf Sezession für Bundesländer oder sogar kleinere administrative Einheiten sowie die Etablierung von Rechtsrahmen für autonome Gebiete oder Privatstädte. Dies fördert den Wettbewerb zwischen Regionen und spezialisierten Zonen um die besten Lebens- und Wirtschaftsbedingungen • Prozedurelle Klarheit: Festlegung klarer Prozesse, darunter Referenden, für die Ausübung des Sezessions- oder Autonomierechts, um sicherzustellen, dass solche Prozesse friedlich und geordnet ablaufen. • Freiwillige Assoziation: Nach einer Sezession oder der Gründung autonomer Zonen können sich Regionen oder Städte zu neuen, freiwilligen Föderationen zusammenschließen oder als unabhängige Entitäten bestehen, basierend auf freiwilligen Verträgen und Abkommen, welche die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung widerspiegeln. • Dezentralisierung und Innovativer Föderalismus: Durch das Sezessionsrecht und die Möglichkeit, autonome Gebiete zu schaffen, wird der Zentralstaat weiter dezentralisiert. Dies bringt politische Entscheidungen näher an die Bürger und erhöht die Effizienz sowie die Relevanz staatlichen Handelns. Privatstädte könnten als Labore

		für neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Modelle dienen, die dann, wenn erfolgreich, auf größere Gebiete übertragen werden könnten.
Digitale Privatsphäre und Datenschutz:	Die Libertären stehen entschieden gegen jegliche Form der staatlichen und institutionellen Überwachung, die in die digitale Privatsphäre der Individuen eindringt. Wir sehen die Freiheit des Individuums in der digitalen Welt als unveräußerliches Recht an, das vor staatlicher und kommerzieller Übergriffigkeit geschützt werden muss. EU-Gesetze und nationale Regelungen, die diesen Grundsatz verletzen, wie die Chatkontrolle oder umfassende Datenabfragen, sind abzulehnen und abzuschaffen.	• Abschaffung der Chatkontrolle: Sofortige Beendigung und Rücknahme aller gesetzlichen Grundlagen, die eine Überwachung privater Kommunikation ermöglichen, um die Privatsphäre in der digitalen Kommunikation zu gewährleisten. • Einschränkung der Datenabfrage: Gesetzliche Begrenzung der Befugnisse von Behörden zur Datenabfrage bei Tech-Unternehmen. Nur in klar definierten Ausnahmen, unter richterlicher Anordnung, in Abstimmung & Zustimmung mit dem Tech-Unternehmen und seinen AGBs und mit der Zielsetzung, spezifische, schwere Straftaten zu bekämpfen, sollen solche Abfragen erlaubt sein. • Datenschutz durch Deregulierung: Abschaffung der Datenschutzgesetze, um die Bürokratie zu verringern und den Mittelstand zu entlasten, während gleichzeitig strenge zivilrechtliche Strafen für den Missbrauch von Daten verhängt werden. • EU-Reform: Abschaffung von EU-Gesetzen wie dem Digital Services Act, die als Bedrohung für die Meinungsfreiheit und Privatsphäre angesehen werden.